Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 46 — München, 13. November 1931 — 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5692

	Nov.	Kislew	Bemerkungen
Sonntag	15	5	
Montag	16	6	
Dienstag	17	7	
Mittwoch	18	8	
Donnerst.	19	9	
Freitag	20	10	
Samstag	21	11	ויצא הפטרה ויברח יעקב (Hos. 12. 13—15. 13, 1—15. 14, 1—10)

Jungzionist. Arbeitskreis München

Montag, den 16. November 1931, abends 8.30 Uhr, im Bibliotheksaal, Herzog-Max-Str. 7, Ausspracheabend:

Die Juden als nationale Minderheit

Es werden referieren die Herren **Richard Eisen** u. **Ludwig Stein.**

Interessenten sind herzlich eingeladen.

Zionistische Ortsgruppe München

Mittwoch, den 18. November, abends 8.30 Uhr, spricht im Kunstgewerbesaal, Pfandhausstraße 7

Herr Dr. Elias Auerbach über

Das Judentum am Scheidewege

Eintritt frei! Zahlreicher Besuch erwünscht.

Das Jüdische Echo

Nummer 46 — 13. November 1931 — 18. Jahrgang

Kommt er oder kommt er nicht?

Wenn man die deutsche Presse der letzten Tage verfolgt und sich besonders für die Frage interessiert, ob mit einer Berufung von Nationalsozialisten in die Regierung für die nächste oder eine spätere Zeit zu rechnen ist, so wird man an das neckische Blätterzupfspiel erinnert, in welchem das Orakel befragt wird, „ob er mich liebt oder nicht liebt". Das gleiche leider nicht so neckische Spiel wird in der deutschen Öffentlichkeit getrieben. Kommt Hitler oder kommt er nicht? Und wenn er kommt, wann wird er kommen? Vor zwei Wochen schien es nach den Ansprachen eines prominenten Zentrumssprechers in Münster und nach der Antwort eines nationalsozialistischen Abgeordneten, namentlich wenn man die Besuche Hitlers bei Hindenburg und General Schleicher in Betracht zog und sich den respektvollen Ton in Erinnerung zurückrief, den Reichskanzler Brüning in seiner Reichstagsrede gegenüber Hitlers offenem Brief fand, als ob nur Tage oder Wochen Deutschland vor dem Augenblicke trennen, in welchem Frick oder ein anderer Nationalsozialist das deutsche Reichs-Innenministerium verwalten und die Partei die Anwartschaft auf Übernahme des höchsten Postens, nämlich des Reichskanzleramtes, erheben würde. Vor acht Tagen fand aber eine Tagung der Zentrumsleitung statt, in welcher Kaas und Brüning das Gerede von Koalitionen in das Reich der Märchen verwiesen und von den Nationalsozialisten als einem Konglomerat gesprochen wurde, mit dem man keine ernste Politik treiben könne.

All dieses Für und Wider wurde in Deutschland und auch im Auslande mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Absage des Zentrums auf seiner Parteitagung wurde dahin gedeutet, daß mit Rücksicht auf die in Schwebe befindlichen außenpolitischen Verhandlungen weder Brüning noch Hitler sich mit dem Anschein belasten wollten, daß sie einander zustreben. Brüning nicht, weil er durch eine derartige Situation seine Verhandlungsfähigkeit gegenüber Frankreich erschweren würde und Hitler nicht, weil es ihm offenbar auf Grund seiner bisherigen Propaganda nicht im Traume einfallen kann, seine Unterschrift unter Abmachungen zu setzen, die getroffen werden müssen, und die er zum Gegenstande rücksichtsloser Kritik machen müßte. Immerhin ging durch die linken Parteien Deutschlands und auch durch die jüdischen Kreise, ohne Unterschied ihrer parteimäßigen Einstellung, ein Aufatmen, als die Absage des Zentrums an die Nationalsozialisten bekannt wurde. Offen und zwischen den Zeilen wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es bis zu einer Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten oder bis zu einer Teilnahme der Nazis an einer Regierung noch lange Weile habe und zwinkernd meinte man, daß viel gewonnen sei, wenn man Zeit gewonnen hat. Man hofft auf einen Zerfall der Nationalsozialisten, man hofft auf ein Wunder, welches die Hakenkreuzler-Partei zerschmettern wird und übersieht die Tatsache, daß die Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl an Einfluß und Stimmenzahl gewinnen. Man übersieht ferner, daß die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer schließlichen verantwortlichen Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung und in der Folge wohl auch in der Regierung Preußens schon heute lähmend wirkt und Erscheinungen zeitigt, die im alltäglichen Leben sich besonders schwer gegen diejenigen Elemente auswirken, denen die Todfeindschaft der Nationalsozialisten gilt.

In dieser Hinsicht war der zweite Kurfürstendammprozeß, der sich in den letzten Tagen des Oktober und den ersten Tagen des November in Berlin abspielte, lehrreich genug. Man erinnere sich, mit welcher Entschiedenheit im ersten Prozeß sowohl der Gerichtsvorsitzende wie auch der zweite Staatsanwalt das Problem der Kurfürstendamm-Krawalle angepackt hat. Nach den ersten Urteilen gegen die untergeordneten Teilnehmer an der Zusammenrottung auf dem Kurfürstendamm fand der Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten statt, einen Tag später erlebte Deutschland die große Parade der nationalen Opposition in Harzburg. Als es zur Verhandlung über den Einspruch der nationalsozialistischen Rechtsanwälte gegen den Vorsitzenden im ersten Kurfürstendamm-Prozeß kam, den die Nazis als befangen ablehnten, erlebte man, daß diesem Einspruch stattgegeben wurde. Es kann keinem Menschen einfallen zu behaupten, daß diese Entscheidung des Berliner Kammergerichtes irgendwie durch außerhalb des Gerichtes stehende Faktoren und außerhalb des Rechtes liegende Argumente zustandegekommen ist. Immerhin war die allgemeine Atmosphäre ein bißchen anders geworden, und das mag erklären, warum der zweite Kurfürstendamm-Prozeß gegen Helldorf und Genossen wegen der Anführerschaft bei den Kurfürstendamm-Krawallen im Tone so ganz anders ausgesehen hat als der erste. Dazu hat wohl auch der Umstand beigetragen, daß die nationalsozialistische Partei beim zweiten Prozeß mit ihren stärksten Kanonen aufgefahren ist. Als Verteidiger fungierten der Justitiar der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Frank aus München, und der Rechtsanwalt Freisler aus Kassel. Beide bemühten sich vor Gericht, die Legalität der Nationalsozialisten zu betonen und wenn es auch unausgesprochen blieb, so hörte man förmlich aus ihren Worten heraus: „Wie wagt man es, hohen Funktionären der nationalsozialistischen Partei, wie dem Sturmabteilungsführer Grafen Helldorf und seinen Adjutanten vorzuwerfen, daß sie ungesetzliche Handlungen verübt haben, wo doch zur selben Zeit und gerade in den letzten Tagen der oberste Führer der Partei vom Reichspräsidenten empfangen wurde und bei General Schleicher gefrühstückt hat?" Das haben diese Verteidiger nicht gesagt, aber das mußte man sich doch denken. Schließlich ist es ein wesentlicher Unterschied, ob einzelne Mitglieder einer Partei, gewöhnliche Soldaten einer Organisation, etwas Straffälliges begehen oder ob diese Straftaten von einer hervorragenden Parteistelle aus organisiert und durchgeführt wurden. Da aber die Nationalsozialisten immerhin in ernster Kombination stehen, regierungsfähig zu werden, nachdem sie längst als salonfähig anerkannt wurden, so kann man doch nicht ohne weiteres einen Grafen Helldorf mit dem

Führer einer zügellosen, revolutionären, die Gesetze des Staates grundsätzlich leugnenden Rotte vergleichen. Und tatsächlich, man muß es den Nationalsozialisten glauben, daß sie momentan den ernsten Willen haben, legal zu sein. Denn — und darüber kann es wohl nicht allzu viele Zweifel geben — auch auf diesem Wege können sie zu ihrem Ziel gelangen. Wenn der Nazi-Verteidiger am 7. November in Berlin vor Gericht erklärt hat, daß seine Partei im deutschen Volke 12 Millionen Anhänger habe, so ist das leider wahr und eine Tatsache, die man nicht gut in Abrede stellen kann. Hat man aber eine derartige Anhängerschaft hinter sich, dann braucht man wirklich keine Krawalle und Skandale, um auf Umwegen und durch Hinterpforten zur Macht zu gelangen, sondern da wandelt man die breite, bequeme Chaussee der bestehenden Einrichtungen, der Landesparlamente und des Reichstages und gelangt dahin, wohin man gestrebt hat, nämlich zur Erreichung der Macht. Ob man nach Erlangung der Macht auch weiter legal bleiben wird, ob man, einmal an die Spitze gelangt, sich dann durch Abstimmungen aus der Macht wird drängen lassen, ist eine Frage, über die man ernstlich nachdenken sollte. Das Beispiel des Faschismus in Italien läßt befürchten, daß Hitler und seine Leute, einmal zur Macht gelangt, sie nicht aus der Hand geben werden, wenn „legale Voraussetzungen", wie Abstimmungen und Wahlen, das von ihnen fordern werden.

Die Situation der Juden angesichts dieser Entwicklungsmöglichkeiten ausführlich zu schildern, sei für ein anderes Mal vorbehalten. Natürlich werden die Nazis, wie zuletzt einer ihrer hervorragendsten Redner in Berlin erklärte, zur Macht gelangt, keine antijüdischen Pogrome veranstalten. Es gibt ganz andere Mittel und Wege, um den Juden in Deutschland das Leben unerträglich zu machen. Vor Jahren sprach ein Statthalter Galiziens im österreichischen Reichsrat den Grundsatz aus, daß ein Kulturland sich davor hüten müsse, gegen Juden Pogrome zu veranstalten oder solche zu dulden, wie es in Rußland vorgekommen ist. Ein Kulturland habe andere Wege zu gehen, z. B. den Weg der B i e n e n - p o l i t i k. Befragt, was das bedeuten solle, erklärte jener Statthalter, er hieß Korjtowski: „Wenn man Bienen los werden will, so entzieht man ihnen die Nahrung und räuchert sie aus, ohne sie zu verbrennen." Ohne Gesetze kann eine Verwaltung bestimmten Kreisen der Bevölkerung dermaßen zusetzen, daß man das Leben als Hölle empfindet. Man muß sich diese Möglichkeiten vor Augen halten und bei Zeiten die Mittel überlegen, um sich zur Abwehr setzen zu können. Schließlich haben die Juden noch ganz anderen Mächten widerstanden und sind nicht vernichtet worden. Sie werden, wenn sie nur entschlossen dazu sind, auch die politisch bösen Zeiten überstehen, die möglicherweise schon in absehbarer Zeit für sie in Deutschland hereinbrechen können.

l. m.

Das Urteil im zweiten Kurfürstendammprozeß

B e r l i n, 9. November. (JTA.) In dem Prozeß gegen die Rädelsführer der antisemitischen Kurfürstendamm-Krawalle am 12. September wurde am Sonnabend abend vom Schöffengericht Charlottenburg das Urteil verkündet. Es lautet:

Graf Helldorf und Ernst werden wegen einfachen Landfriedensbruchs (unter Freisprechung von der Anklage der Rädelsführerschaft) zu je sechs Monaten Gefängnis und wegen antisemitischer Beleidigung der Zeugen Deterding und Simon zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Jungstahlhelmführer Brandt wird gleichfalls wegen einfachen Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen des gleichen Delikts erhalten Schulz vier und Damerow drei Monate Gefängnis.

Hell, Hagemeister und Samerski werden freigesprochen.

Der Haftbefehl gegen alle Angeklagten wird aufgehoben.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Der Sachverhalt habe sich so geklärt, daß anläßlich des jüdischen Neujahrstages Unruhen am Kurfürstendamm stattfanden, die sich in der Zeit von 8.15 Uhr bis 9.30 Uhr abgespielt haben. Die Teilnehmerzahl habe wahrscheinlich tausend betragen, von denen nach Helldorfs eigener Schätzung etwa 500 Mitglieder aus etwa zehn verschiedenen nationalsozialistischen Stürmen gewesen seien. Ein Teil der Demonstranten habe wahrscheinlich aus Hunger demonstrieren wollen. Ein wesentlicherer Teil habe sich aber, wie die Unterredungen in den Sturm-Lokalen ergeben hatten, anläßlich des jüdischen Neujahrstages auf dem Kurfürstendamm getroffen. Das ergebe sich auch aus den Rufen bei der Demonstration. Es sei nicht festgestellt worden, daß der Plan schon vorher bestanden hätte. Nach der Überzeugung des Gerichts sei der Plan im Laufe des Sonnabend entstanden und habe sich dann unter den Demonstranten herumgesprochen. Dann allerdings seien die einzelnen Gruppen planmäßig den Kurfürstendamm entlang gependelt und hätten planmäßig gehandelt. In gewissem Sinne sei also die Demonstration organisiert gewesen. Das Gericht habe außerdem die Überzeugung gewonnen, daß nicht nur Fußgänger die Sache geleitet hätten, sondern auch Motorradfahrer und Autoinsassen.

Daß das ganze ein Landesoberführer, Graf Helldorf, veranstaltet habe, habe das Gericht nicht angenommen. Rädelsführerschaft sei bei keinem der Angeklagten angenommen worden. Andererseits sei aber ermittelt worden, daß sich die verurteilten Angeklagten des einfachen Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben. In dem Unruhegebiet habe sich eine einheitliche Menschenmenge befunden und auch die Autos auf dem Damm hätten zu dieser Menge gehört.

Graf Helldorf, Ernst und Brandt wurden aus der Haft entlassen.

Die Zeitungen melden, daß die Kurfürstendamm-Krawalle in der nächsten Zeit in ihrem ganzen Umfange noch einmal vor Gericht aufgerollt werden würden. Die Staatsanwaltschaft habe gegen die Urteile im Prozeß Helldorf und Genossen Berufung eingelegt, da sie auf dem Standpunkt steht, daß die verhängten Strafen zu gering sind, und die Angeklagten wegen Rädelsführerschaft zu verurteilen waren.

Da die Verurteilten des ersten Kurfürstendamm-Prozesses, die weit härtere Strafen erhalten haben, als Helldorf und seine Mitangeklagten, ebenfalls Berufung eingelegt haben, wird die große Strafkammer des Landgerichts III Gelegenheit finden, in dem neuen Prozeß Führer und Geführte zu gleicher Zeit auf der Angeklagebank zu sehen und so vielleicht die Frage der Führerschaft zu klären.

Nach dem Urteil kann man nur noch fragen, ob es etwa typisch für deutsche Justiz ist, daß der Verführte schwerer bestraft wird als der Verführer, der wahrhaft Schuldige.

(Über die Bedeutung des Prozesses selbst vergleiche Leitartikel dieser Nummer!)

Ein neues Judengesetz in Preußen

Berlin, 8. November. (JTA.) Im Preußischen Ministerium für Kultus und Unterricht ist der Entwurf eines „Gesetzes über die Synagogengemeinden" fertiggestellt, der nach Billigung durch das Staatsministerium dem Landtag noch vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode vorgelegt werden soll. Dr. Max Kollenscher sagt in einem in der „Jüdischen Rundschau" (Nr. 86) erschienenen Aufsatz einiges Grundsätzliche zu dem Entwurf.

Jedes neue Judengesetz, schreibt Dr. Kollenscher, wird sich mit der Frage der Autonomie der Gemeinden, wie sie im Artikel 137 der Reichsverfassung festgelegt ist, abzufinden haben. In dieser Beziehung ist der preußische Staat mustergültig vorgegangen, als er die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirchen staatlich geregelt hat: Die Kirchen haben sich selbst Verfassungen autonom gegeben, die der Staat anerkannt hat. Die preußische Judenheit muß verlangen, daß auch die von ihr beschlossene Gemeindeverfassung in gleicher Weise die staatliche Anerkennung findet. Im Frühjahr 1928 hat der preußische Landesverband jüdischer Gemeinden in seltener Einmütigkeit ein Judengesetz beschlossen und es der Staatsregierung zur verfassungsmäßigen gesetzlichen Verabschiedung vorgelegt.

Der Einwand, daß die Judenheit Preußens nicht eine Einheit darstelle, sondern in einzelne Gemeinden aufgelöst sei, greift nicht durch. Die Tendenz des Judengesetzes von 1847 war allerdings die Atomisierung der Judenheit in einzelne Gemeinden. Die inneren Kräfte der Judenheit haben jedoch immer schon auf Vereinigung gedrängt.

In der Frage des Austritts versagt der neue Entwurf vollständig. Er bestimmt, daß der Austritt ohne Angabe von Gründen und mit einer völligen Steuerbefreiung schon vom Schluß des Steuerjahres an zulässig ist. Somit sind mittlere und Kleingemeinden unausgesetzt durch Austritte einiger wohlhabender Mitglieder aus dem Grunde der Steuerflucht Gefahren ausgesetzt. Es besteht die weitere Gefahr, daß durch andauernde Drohungen mit dem Austritt Menschen aus eigennützigen oder parteimäßigen Gründen die Verwaltung der Gemeinden in bestimmte ihnen genehme Bahnen zu lenken sich bemühen. Auch hier liegt eine privilegium odiosum für die Juden vor. Bei den christlichen Religionsgemeinschaften gibt es den Austritt aus der Gemeinde ohne den gleichzeitigen Austritt aus der Religionsgesellschaft nicht.

Der Referentenentwurf sieht für die Wahlen in den Gemeinden nur gleiche, unmittelbare und geheime Wahl vor. Ob die Wahlen auch allgemein sein sollen, ist der Satzung der einzelnen Gemeinde überlassen. Es wird somit jeder Gemeinde überlassen, das aktive oder passive Wahlrecht der Ausländer zu beseitigen oder zu beschränken. In den christlichen Religionsgemeinschaften ist das Wahlrecht der Ausländer gesetzlich festgelegt.

Dr. Kollenscher weist auf einige andere Fehler des Entwurfes hin, so u. a. auf die Bestimmung, daß der Rabbiner grundsätzlich die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen muß, und schließt: „Man überschreibt das Gesetz als „Gesetz über die Synagogengemeinden". Indem man hier — und leider nur hier in der Überschrift — Synagoge und Kirche gleichstellt, übersieht man die Fülle der Kompetenzen, die jeder jüdischen Gemeinde außerhalb der Synagoge (des Gotteshauses) zusteht. Die preußische Judenheit wird diese „oktroyierte Verfassung" ablehnen."

Die zionistischen Gemeinde-Mandatare lehnen den Regierungsentwurf zum preußischen Judengesetz entschieden ab

Berlin, 9. November. (JTA.) Die aus ganz Deutschland, insbesondere aus Preußen, am 8. d. M. in Berlin versammelt gewesenen zionistischen Gemeindevertreter (Vorstandsmitglieder und Repräsentanten), die Mitglieder der Fraktion der Jüdischen Volkspartei im Preußischen Landesverband, sowie die Mitglieder der Gemeindekommission der Zionistischen Vereinigung für Deutschland nahmen u. a. folgende Beschlüsse an:

„Der uns vorgelegte Referentenentwurf eines Gesetzes über die preußischen Synagogengemeinden ist in allen Teilen ein unerträglicher Rückschritt gegenüber der bestehenden Rechtslage. Er ist unter völliger Mißachtung des einhelligen Votums der berufenen Vertretung der preußischen Juden zustande gekommen. Die Einheit der Judenheit wird zerschlagen, indem noch stärker als bisher die Bildung von Sondergemeinden zugelassen wird. Die Erleichterung des Austritts bedroht den Bestand, die äußere Sicherheit und die innere Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinden. Die Gleichberechtigung aller Gemeindemitglieder, diese für uns niemals aufzugebende Grundlage einer jüdischen Gemeinde, wird durch den Entwurf aufs schwerste gefährdet. Der Entwurf macht es Gemeinden möglich, Juden nichtdeutscher Staatsangehörigkeit als Gemeindemitglieder zu entrechten.

Wir erblicken in diesem Entwurf eine gegen den Bestand und die Entwicklung des Judentums gerichtete Vorlage und werden ihn entschieden bekämpfen.

Wir stellen fest, daß der Wille der preußischen Juden in den Beschlüssen des Landesverbandes vom Jahre 1928 niedergelegt ist."

Austauschstudenten an die Hebräische Universität

Schon vor zwei Jahren ist von Dr. S. Ucko-Mannheim in der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit angeregt worden, Maßnahmen zu ergreifen, die das Studium jüdischer Studenten aus Deutschland an der Hebäischen Universität in Jerusalem für ein oder einige Semester erleichtern könnten. Infolge der wirtschaftlichen Lage war es weder in Deutschland noch in Palästina möglich, praktische Maßnahmen in dieser Richtung zu ergreifen. Einzelne fanden dennoch ihren Weg; so haben allein auf dem verhältnismäßig entlegenen Gebiet der Mathematik im letzten Jahre drei Studenten aus Deutschland in Jerusalem gehört. Welche Bedeutung solche Studiensemester nicht nur für die Betreffenden und für die Hebrä-

ische Universität, sondern überhaupt für die Verknüpfung der deutschen Judenheit mit dem Land der Bibel und mit dem jüdischen Aufbauwerk besitzen, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden.

Da heute der Versuch, Geldmittel zur Erleichterung derartiger Studienabsichten aufzubringen, sich von selbst verbietet, hat eine neuerdings von Dr. Ucko gegebene Anregung viel für sich und ist auch in zuständigen Kreisen der Hebräischen Universität auf Veranlassung des Unterzeichneten lebhaft und in zustimmendem Sinn besprochen worden: Es gibt in Palästina nicht wenige Abiturienten und Studenten, die eine europäische Hochschule beziehen wollen (z. B. weil ihr Studienfach an der Jerusalemer Universität nicht oder unzureichend vertreten ist), und die deutschen Universitäten haben sich (gleich denen in vielen anderen Ländern) solchen Studenten bereitwillig geöffnet. Auch dabei aber bereitet der Kostenpunkt eine große Schwierigkeit. Der Plan ist nun, einen Austausch au pair zwischen solchen Studenten und deutsch-jüdischen Studenten, die in Jerusalem hören wollen, zu organisieren. Beide Teile würden dann, da Kost und Logis wegfallen, außer kleinen Ausgaben (in Jerusalem genügen RM. 10.— bis 20.— monatlich), den Visa- und Reisekosten (Billet Norddeutschland—Jerusalem ca. RM. 180.—) und den Studiengebühren (in Jerusalem minimal) keine unvermeidlichen Ausgaben haben. Unterrichtssprache ist Hebräisch. Wer nicht schon ein wenig (modernes oder klassisches) Hebräisch kann, muß 1—2 Monate vor Semesterbeginn in Palästina sein. Das Sommersemester beginnt nach Pesach (1932 Anfang Mai), das Wintersemester Mitte Cheschwan (1932 Mitte November). Einstweilen kommen für Studenten, die keine Zeit für ihr Studium zu verlieren wünschen, in Jerusalem als Studienfächer nur die folgenden in Betracht: Judaistische Wissenschaften (alle Zweige), Arabistik, Philosophie, Mathematik, Chemie, Biologie, Parasitologie und Hygiene. Einige andere Gebiete, z. B. klassische Philologie oder Geologie, werden zurzeit in kleinerem Maßstab betrieben. Natürlich kann ein Jeschibahstudium in vielen Fällen damit verbunden werden. Betreffs Anrechnung von Jerusalemer Studiensemestern (für dort vollvertretene Fächer) zeigen die deutschen Fakultäten vielfach Entgegenkommen.

Studierende (Damen oder Herren), deren Wohnort sich am Platz einer größeren deutschen Universität befindet und die im Einverständnis mit ihren Eltern unter den angegebenen Bedingungen austauschweise im kommenden Frühjahr oder Herbst die Hebräische Universität zu beziehen wünschen, mögen baldigst ihre Adresse mit den nötigen Angaben an Prof. Dr. A. Fraenkel, Kiel, Forstweg 23, senden. Falls im Elternhaus streng ritueller Haushalt besteht, bitte dies besonders anzugeben! Eine vorerst kleine Zahl von Meldungen — für den Anfang ist mit größeren Zahlen von Jerusalem aus nicht zu rechnen — wird dann alsbald an die Hebräische Universität weitergegeben, deren Leitung der Angelegenheit ihre tätige Unterstützung zugesagt hat.

Adolf Fraenkel.

Noch weitere antisemitische Ausschreitungen in Polen

Warschau, 3. November. (JTA.) Nachdem die Polizei die erste Protestversammlung der jüdischen Studenten Warschaus gegen die Störung der Lernfreiheit durch die Umtriebe der antisemitischen Studentenschaft wegen Unruhe aufgelöst hatte, wurde eine zweite Versammlung abgehalten, die von mehr als 600 Studenten besucht war. Es wurde eine Resolution angenommen, in der an die Regierung, das Akademikertum und die polnische Öffentlichkeit appelliert wird, der jüdischen Jugend die Möglichkeit, an den polnischen Hochschulen zu studieren, zu sichern. Eine Abordnung der jüdischen Studentenschaft überbrachte dem Kultusministerium die Protestresolution.

Warschau, 4. November. (JTA.) In Warschau haben sich die Ausschreitungen der antisemitischen Studenten auf das Stadtgebiet außerhalb der Universität ausgedehnt. Nationaldemokratische Studenten marschierten in kleineren Trupps durch die Straßen, wichen den Polizeiposten aus, bis es ihnen gelang, sich an einem gewissen Punkt zu einer großen Gruppe zu vereinigen. Sofort wurde die Parole ausgegeben: „Schlagt die Juden, rettet Polen!“ Bevor es aber noch zu Mißhandlungen von Juden kam, erschien ein großer Polizeitrupp und drängte die Demonstranten ab. Die Studenten marschierten zum Anatomischen Institut. Sie schlugen alle ihnen entgegenkommenden jüdischen Passanten nieder. Die Zahl der bei den Unruhen der letzten Tage verletzten jüdischen Studenten beträgt in Warschau mehr als 60.

Der Verband der nationaldemokratischen studentischen Organisationen veröffentlicht ein Kommuniquee, in welchem erklärt wird, der Kampf gegen die jüdische Studentenschaft werde nicht aufhören. Die jüdischen Studenten entwickeln eine lebhafte kommunistische Tätigkeit. Aus diesem Kommuniquee ist zu ersehen, daß die nationaldemokratischen Studenten die antijüdische Hetze unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Kommunismus fortführen.

Warschau, 5. November. (JTA.) Heute kam es an der Warschauer Universität zu neuen antijüdischen Kundgebungen. Die Polizei mußte wiederholt einschreiten, um die angegriffenen jüdischen Studenten zu schützen.

Die Krakauer Universität, die wegen der antisemitischen Unruhen einige Tage geschlossen war, wurde heute wieder eröffnet.

Warschau, 5. November. (JTA.) Am Donnerstag mittag setzte sich ein etwa 600 Mann starker Trupp antisemitischer Studenten nach der Richtung des Judenviertels in Bewegung. Beim Passieren des Sächsischen Gartens wurden jüdische Frauen und Kinder verprügelt und hinausgeworfen. Im Judenviertel selbst wurden jüdische Passanten überfallen. Aus den Straßenbahnwagen wurden jüdische Fahrgäste herausgeholt und geschlagen. Später kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den antisemitischen Studenten und jüdischen Lastträgern und Fuhrleuten, wobei mehrere der Studenten verletzt wurden. Hierauf zogen sich die Demonstranten zurück.

Warschau, 5. November. (JTA.) In der heutigen Sitzung des polnischen Sejm brachte der Jüdische Klub eine Interpellation in der Angelegenheit der antijüdischen Ausschreitungen an den polnischen Universitäten ein. Die Regierung wird gefragt, was sie zu tun beabsichtigt, um solche Exzesse zu verhindern und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Der Interpellation wurde ein Hetzaufruf der Nationaldemokraten beigelegt, in dem die jüdischen Studenten beschuldigt werden, daß sie die Regierung und das polnische Volk verhöhnen.

Während die Polizei die Umgebung des Universitätsgebäudes besetzt hält und Unruhen in den Straßen verhindert, tobt im Universitätsgebäude, in das die Polizei keinen Zutritt hat, die wilde Hetze der nationaldemokratischen Studentenschaft weiter. Fortwährend werden Rufe laut: „Juden hinaus!“, „Nie-

der mit den Juden!". Wo ein jüdischer Student angetroffen wird, wird er beschimpft, geschlagen und hinausgeworfen.

Warschau, 6. November. (JTA.) Das Martyrium der jüdischen Studenten und Studentinnen nimmt kein Ende. Täglich, ja stündlich, erneuern die nationaldemokratischen Studenten ihre Angriffe. Am Donerstag mittag versammelten sich mehrere Hundert mit Stöcken bewaffnete antisemitische Studenten und Studentinnen des Warschauer Technikums und der Landwirtschaftlichen Hochschule im Hof der Warschauer Universität und warteten auf das Erscheinen der jüdischen Studenten des zweiten und dritten Kurses der juridischen Fakultät, die noch den Vorlesungen beiwohnten. Als die jüdischen Studenten und Studentinnen in den Hof traten, wurden sie von den Antisemiten umringt und mörderisch geschlagen. Von dort begaben sich die antisemitischen Studenten zum Urania-Gebäude, wo die Vorlesungen des ersten Kurses der juridischen Fakultät stattfinden. Sie drangen in die Vorlesungssäle ein, trieben die jüdischen Studenten hinaus, schleppten sie über die Treppen und hieben mit Stöcken auf sie ein. Die vertriebenen Studenten sammelten sich vor dem Mickiewicz-Denkmal und begaben sich von dort geschlossen zum Universitätsgebäude, um die in einer verzweifelten Lage sich befindenden Hörer des Judaistischen Instituts zu befreien. Die Polizei versperrte aber den jüdischen Studenten den Weg zur Universität und verhaftete drei Studenten und eine Studentin.

Inzwischen hatte sich am Judaistischen Institut folgendes zugetragen: 30 Hörer des Judaistischen Instituts wurden im Universitätshof von einer Übermacht nationaldemokratischer Studenten umringt und fürchterlich mißhandelt. Professor M. Balaban vom Judaistischen Institut intervenierte beim Dekan der humanistischen Fakultät. Prof. Handelman, der aber erklärte, daß die angreifenden Studenten nicht seiner Fakultät angehören, sondern Techniker und Landwirte sind, über die er keine Befehlsgewalt habe. Schließlich gelang es den angegriffenen Studenten, in die Universitätsbibliothek zu flüchten. Ihre Verfolger erkletterten die Fenster zum Bibliothekssaal, schlugen die Scheiben ein, verschafften sich auf diese Weise Eingang in den Saal, wo sie wiederum über die jüdischen Studenten herfielen und auch mehrere jüdische Studentinnen in der barbarischsten Weise mißhandelten. Der Tumult war unbeschreiblich. Einige Professoren führten schließlich die mißhandelten Studenten und Studentinnen in das Universitätsarchiv, von wo sie durch eine Hintertür ins Freie kamen. Dort wurden sie von den Nationaldemokraten abgefangen und wiederum schwerstens mißhandelt. Zwei jüdische Studentinnen erhielten tiefe Kopfwunden und bluteten stark. Schließlich bildeten die angegriffenen jüdischen Studenten eine geschlossene Abwehrkette und drängten die Angreifer zurück.

Inzwischen hatte sich eine andere mehrere hundert Köpfe zählende antisemitische Gruppe nach dem jüdischen Viertel Warschaus begeben. Im Sächsischen Garten, der am Wege liegt, fielen sie über jüdische Frauen und ihre Kinder her. Mehrere Frauen wurden mißhandelt, die Kinderwagen wurden umgeworfen, so daß die Kinder auf das Pflaster und den Rasen fielen. Die Panik war unbeschreiblich. Die Schreie der verzweifelten Mütter wurden weithin gehört. Erst als alle jüdischen Frauen mit ihren Kindern den Park geräumt hatten, begaben sich die Studenten zum sogenannten Eisernen Tor, wo sie zahlreiche jüdische Passanten schwer mißhandelten und mehreren von ihnen blutende Verletzungen beibrachten. Die Auslagefenster der jüdischen Geschäfte wurden mit Steinen und Stöcken eingeschlagen. Vom Eisernen Tor drangen die Studenten in den Theaterplatz ein. Dort wurde die Losung ausgegeben, das Nalewki-Viertel, das jüdische Hauptgeschäftsviertel, zu stürmen. Als aber die Studenten dort eindrangen und ihr Werk der Mißhandlung und Zerstörung begannen, stellten sich ihnen jüdische Studenten, Arbeiter und Fuhrleute entgegen. Es entstand eine förmliche Straßenschlacht, bei der die Studenten die Unterlegenen waren. Inzwischen eingetroffene Polizei stellte die Ordnung her und verhaftete mehrere nationaldemokratische Studenten und einige Juden.

Der Rektor Lukaszewicz verfügte die Schließung der Universität, nachdem in der Nähe der Universität seine eigene Frau, die für eine Jüdin gehalten wurde, von Nationaldemokraten schwer mißhandelt wurde.

Am Freitag, 7 Uhr abends, zogen etwa 500 nationaldemokratische Studenten unter Rufen „Schlagt die Juden!" vor das jüdische Studentenheim. Es gelang ihnen, in den Hof einzudringen, sie wurden aber von der Polizei hinausgedrängt. Eine Gruppe Studentenhuligans drang in das Kolonialwarengeschäft der „Brüder Hirschfeld" ein, rief den Besitzern und Angestellten zu: „Wir werden euch alle abschlachten!" und richteten Zerstörungen an. In den Straßen wurden mehrere jüdisch aussehende Passanten niedergeschlagen. Gegen acht Uhr abends versuchten die Nationaldemokraten wiederum, in das Studentenheim einzudringen, diesmal wurden sie aber von der Polizei schon vor dem Tore empfangen und zurückgedrängt. Gegen 9 Uhr gelang es ihnen, in den Hof des Studentenheims einzudringen, dort zu randalieren und Fenster einzuschlagen, aber die Polizei konnte sie wieder hinausdrängen. Zehn Uhr nachts marschierte eine Gruppe Studentenhuligans, geführt von einem polnischen Geistlichen, durch jüdische Stadtviertel, wo sie mehrere jüdische Passanten schwer mißhandelten. Es entstanden ungeheure Tumulte. Die Polizei verhaftete mehrere Huligans, unter ihnen einen Marineoffizier, der zu Judenpogromen aufgefordert hat.

Am Sonnabend begannen die Unruhen damit, daß über tausend nationaldemokratische Studenten, die von der Polizei aus dem Universitätsviertel abgedrängt wurden, zum Politechnikum marschierten. Die Polizei versuchte vergebens, den Zug zu zerstreuen. Dabei wurden mehrere Nationaldemokraten durch die Gummiknüppel der Polizei verletzt. Als der Zug am Politechnikum eintraf, war die Menge inzwischen auf einige tausend Mann angewachsen. Während alle polnischen Studenten das Politechnikum verlassen konnten, durfte kein Jude die Straße betreten. 150 jüdische Studenten waren in einem Saale eingeschlossen und befanden sich in einer verzweifelten Lage, da draußen inzwischen die Losung ausgegeben wurde, die Türe zum Saale einzuschlagen und über die Juden herzufallen. Dem Studenten Ring gelang es als einzigem Juden, das Gebäude zu verlassen. Er begab sich zum Sejm und schilderte dem jüdischen Deputierten Sommerstein die Situation. Sommerstein informierte die Regierungsmitglieder, diese wandten sich an die nationaldemokratischen Politiker mit dem Ersuchen, ihre Leute vom Politechnikum zurückzuziehen. Gegen 4 Uhr nachmittags konnten die jüdischen Studenten das Politechnikum verlassen.

Das jüdische Studentenheim ist in ein Krankenhaus umgewandelt, 70 meist schwer verletzte jüdische Studenten sind dort untergebracht und stehen in ärztlicher Behandlung. Mehrere andere Studenten werden außerhalb des Studentenheims behandelt, die Zahl der Verwundeten beträgt weit über 100.

Nachträglich wird bekannt, daß Rektor Lukaszewicz selbst im Universitätshof von einem Nationaldemokraten, der ihn nicht erkannte und für einen Juden hielt, überfallen wurde. Ein jüdischer Student deckte ihn aber so lange, bis er entkommen konnte.

Warschau, 8. November. (JTA.) Die Sitzung des polnischen Sejm am Sonnabend, den 7. November, war fast ganz der Erörterung der antisemitischen Unruhen an den Warschauer Hochschulen gewidmet.

Innenminister Pieracki verlas daraufhin die folgende Erklärung der Gesamtregierung: In den letzten Tagen sind wirklich bedauernswerte Ausschreitungen seitens eines Teils der Jugend gegen Bürger jüdischer Nationalität vorgekommen. Hierfür ist aber nicht die gesamte akademische Jugend und nicht die gesamte polnische Gesellschaft verantwortlich zu machen, die solche verbrecherischen Exzesse mißbilligen. Es handelt sich um die Aktion einer Gruppe, die unter dem unverantwortlichen Einfluß gewisser parteipolitischer Faktoren steht; diese Faktoren verschuldeten die Hetze, die die Kultur und die Traditionen des polnischen Volkes schändet. Die Regierung tut alles für die Sicherheit der Bürger. Aber infolge der Autonomie der Hochschulen konnte nicht so durchgegriffen werden, wie man es wünschte. Außerhalb der Hochschule wurde durchgegriffen. Zahlreiche Hetzer und Exzedenten werden zur Verantwortung gezogen werden, eine Disziplinaruntersuchung ist im Gange. Die Regierung wird mit aller Energie jeden Versuch, die Exzesse zu erneuern, unterdrücken.

Warschau, 9. November. (JTA.) Am Sonntag, den 8. November, kam es in den Straßen Warschaus abermals zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen nationaldemokratischer Studenten. Große Studententrupps begaben sich in die jüdischen Wohn- und Geschäftsviertel, wo sie antisemitische Hetzrufe ausstießen und jüdische Passanten auf das brutalste mißhandelten. An jüdischen Läden und Wohnungen wurden die Fensterschreiben eingeschlagen. Von den Straßenbahnen wurden die jüdischen Fahrgäste heruntergezerrt und mißhandelt. Schließlich stellte sich die jüdische Jugend den Huligans entgegen, es kam zu einer förmlichen Straßenschlacht, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab. Die Polizei drängte die Studentenhuligans aus den jüdischen Vierteln hinaus. Mehr als hundert Personen wurden verhaftet.

*

Warschau, 9. November. (JTA.) Im Hinblick auf die Fortdauer der antisemitischen Unruhen an den Universitäten und Hochschulen Polens, in denen die Regierung in der Hauptsache ein Manöver der oppositionellen nationaldemokratischen Partei, die Autorität der Regierung zu schwächen, sieht, hat der Unterrichtsminister eine außerordentliche Konferenz der Rektoren aller Universitäten und Hochschulen Polens nach Warschau einberufen, in der über Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen beraten wird. In der schon am Sonntag stattgefundenen ersten Sitzung soll der Unterrichtsminister kategorische Forderungen an die Rektoren hinsichtlich der Verhinderung weiterer Unruhen in den Hochschulen gestellt haben. Wie es heißt, soll die Regierung, falls die Rektoren sich ihren Aufgaben nicht gewachsen zeigen sollen, entschlosen sein, die Leitung der Hochschulen in die Hände von Regierungskommissaren zu legen, was bedeuten würde, daß die Autonomie der Hochschulen aufgehoben ist.

Am Montag begann im Universitätsgebäude die Tagung des aus Professoren der Universität sich zusammensetzenden Disziplinargerichtes gegen die Studenten, die sich der Teilnahme an den Ausschreitungen schuldig gemacht haben. In jüdischen akademischen Kreisen machte es einen niederschmetternden Eindruck, daß als erste „Beschuldigte" jene jüdischen Studenten vor das Gericht geladen worden sind, die sich am Donnerstag den nationaldemokratischen Exzedenten entgegengestellt haben, um ihre bei den Ausschreitungen verletzten Kollegen und Kolleginnen vor weiteren Attaken zu schützen.

Aus der jüdischen Welt

Oldenburgischer Landtag lehnt Schächtverbot ab

Berlin, 4. November. (JTA.) Wie die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitteilt, ist am 3. November im Oldenburgischen Landtag ein Schächtverbotsantrag abgelehnt worden. Dem Landtag hatte ein Antrag von nationalsozialistischer Seite vorgelegen, die in der bisherigen Bestimmung des Staatsministeriums festgelegte Genehmigung des rituellen Schlachtverfahrens (Schächtens) aufzuheben. Welchen Motiven dieser Antrag entspringt, beweist die Tatsache, daß eine gleichzeitige Änderung des in derselben Bestimmung vorgesehenen Betäubungszwanges mittels Kopfschlag ebensowenig wie in Bayern beantragt wurde, obwohl beim Kopfschlag anerkanntermaßen unerhörte Grausamkeiten durch wiederholte Fehlschläge vorkommen. Der Antrag auf Einführung des Schächtverbots wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen, Zentrums- und kommunistischen Abgeordneten abgelehnt.

Eine neue Form des antijüdischen Boykotts

Berlin, 5. Nov. (JTA.) In Altenburg (Thüringen) stellte die dort erscheinende Zeitung „Braune Front" Aufpasser vor ein jüdisches Kaufhaus, um die Namen der Besucher zu notieren. Es wurde in der Zeitung angekündigt, daß die Käufer und Besucher bekanntgegeben werden würden. Wie der „C.V.-Zeitung" mitgeteilt wird, wurde durch einstweilige Verfügung des Landgerichts Altenburg und des Oberlandesgerichts in Jena der Zeitung unter Strafandrohung verboten, das Kaufhaus zwecks Feststellung der Besucher und Käufer überwachen zu lassen oder die Namen der betreffenden Personen direkt oder andeutungsweise zu veröffentlichen.

Antisemitische Studentenunruhen auch in Tunis

Tunis, 30. Oktober. (JTA.) Studenten der Landwirtschaftsschule in Tunis veranstalteten in den letzten Tagen zweimal Judenexzesse. Mit den Rufen „Nieder mit den Juden!" schlugen sie in den Straßen jüdische Passanten nieder. Bei Beginn der zweiten antisemitischen Kundgebung organisierten Makkabi und Brith Trumpeldor eine Selbstverteidigung. Sie hielten die Demonstranten in Schach, bis Polizei eintraf und mehrere der Studentenhuligans verhaftete.

Kein Streik, keine Manifestationen am Balfour-Tag

Jerusalem, 3. November. (JTA.) Der 2. November, der Jahrestag der Verkündigung der Balfour-Deklaration, der sonst in Palästina durch arabische Streiks und Manifestationen gekennzeichnet war, ist in diesem Jahre vollkommen ruhig verlaufen.

1120 Legalitätsgesuche jüdischer Einwanderer in Palästina

Jerusalem, 8. November. (JTA.) 1120 in Palästina illegal eingewanderte Juden, davon 500 in Jerusalem, haben bis jetzt von dem Amnestieerlaß der Regierung betreffend illegale Einwanderer Ge-

brauch gemacht und um die Erlaubnis zu dauerndem Aufenthalt nachgesucht. Der Waad Leumi hat eine neue Kundgebung veröffentlicht, in der alle übrigen illegal Eingewanderten aufgefordert werden, in den nächsten 7 Tagen, für die die Amnestie noch gilt, Legalisierungsgesuche einzureichen.

Englische Polizei gegen jüdische Arbeitslose in Chedera

Jerusalem, 5. November. (JTA.) Am Mittwoch, den 4. November, kam es in der jüdischen Kolonie Chedera zu Unruhen. Jüdische Arbeitslose in größerer Zahl umringten Orangen-Plantagen, auf denen arabische Arbeiter beschäftigt sind, und forderten, daß auch ihnen Arbeit gegeben werde. Wir haben nichts zu essen, riefen sie, und wissen nicht, wohin wir unsere Schritte lenken sollen. Als die Demonstranten der Aufforderung der Ortspolizei, sich zu zerstreuen, nicht Folge leisteten, wurde englische Polizei von auswärts herbeigerufen, die sofort nach ihrem Eintreffen mit Gummiknüppeln auf die Demonstranten einhieb und sie auseinandertrieb. Dabei wurden 20 jüdische Arbeiter, unter ihnen fünf schwer, verletzt. Vier Demonstranten wurden von der Polizi verhaftet.

Noch am gleichen Tage wurde in Chedera eine von etwa 800 Personen besuchte Protestversammlung abgehalten. Es wurde eine in scharfen Worten abgefaßte Resolution angenommen, in der gegen das brutale Vorgehen der Polizei und gegen die egoistische Wirtschaftspolitik der jüdischen Plantagenbesitzer, die arabische Arbeiter von auswärts beschäftigen, während im Orte selbst jüdische Arbeitslose Not leiden müssen, protestiert wurde.

Der Autostreik in Palästina

Jerusalem, 4. November. (JTA.) Die ersten Tage des Autostreiks in Palästina verliefen ohne jeden Zwischenfall. Mit Ausnahme einer kleinen arabischen Firma in Jerusalem haben sich alle Autobesitzer bzw. Chauffeure dem Streik angeschlossen. Der Streikführer Dejani erklärte der JTA., die arabisch-jüdische Streikfront sei ungebrochen, der Autobesitzerverband verfüge über genügende Mittel, um den Streik sogar drei Monate aufrechterhalten zu können. Der Streik werde fortgeführt werden, bis die Regierung die Vorschläge ihres eigenen Untersuchungsausschusses betreffend Lizenzgebühren und andere Besteuerung akzeptiert hat.

Jerusalem, 5. November. (JTA.) Der Autostreik in Palästina ist allgemein und dauert ungeschwächt fort. Fs kommt zu keinerlei Zwischenfällen in Zusammenhang mit dem Streik. Die Jüdische Gemeinde von Haifa und die jüdischen Handelskammern in Tel-Awiw und in Jaffa haben beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Empfehlungen des von ihr eingesetzten Untersuchungsausschusses, mit denen sich die Streikenden zufrieden geben, anzunehmen, wodurch der Streik sein Ende finden würde.

Jerusalem, 8. November. (JTA.) Die Regierung veröffentlicht ein Kommunique über den Autostreik in Palästina, in dem sie erklärt, sie werde die Vorschläge der Untersuchungskommission betreffend die Besteuerung des Autoverkehrs prüfen und ihre Entscheidungen treffen, ohne sich durch den Streik und seinen Verlauf irgendwie beeinflussen zu lassen. Der Haifaer Stadtrat forderte die Regierung in einer Resolution auf, die Forderungen der Streikenden zu bewilligen. Ein Teil der Kaufmannschaft in Jerusalem hat beschlossen, die Läden zu schließen, falls nicht die Regierung Entscheidendes zur Beilegung des auch das Handelsleben lähmenden Autostreiks unternimmt.

Geschäftliches

Deutsche kauft deutsche Sportausrüstungen!

Warum ausländische Erzeugnisse? Das große und führende Fachgeschäft für jeden Sport, das Welt-Sporthaus Schuster, München 2 C 7, Rosenstr. 6, hat innerhalb vier Jahren 53 große Arktis- und Auslandsexpeditionen teils vom Kopf bis zum Fuß bekleidet und ausgerüstet. Das ist Beweis genug für die überragenden Leistungen dieses Welt-Sporthauses. Seine bedeutende Versandabteilung liefert bis in das höchste einsame Gehöft und in die entlegenste Einöde. Warum zögern Sie noch? Lassen Sie sich noch heute unverbindlich und kostenlos den neuen reichillustrierten Wintersport-Katalog kommen. Er enthält auch ein Preisrätsel. — Vielleicht gewinnen Sie eine Wintersport-Ausrüstung!

Gemeinden- und Vereins-Echo

Zionistische Ortsgruppe München. Am Mittwoch, den 18. November, abends punkt 8.30 Uhr spricht im Kunstgewerbesaal, Pfandhausstr. 7/I, Dr. Elias Auerbach über „Das Judentum am Scheidewege". Der Redner, der jahrelang als Arzt in Palästina gelebt hat, ist nicht nur einer der besten Kenner des modernen jüdischen Palästina und der politischen und wirtschaftlichen Probleme des Palästinaaufbaus, sondern er ist auch durch seine historischen und geschichtsphilosophischen Studien als jüdischer Wissenschaftler in weiten Kreisen bekannt.

Der Jungzionistische Arbeitskreis eröffnet am Montag, den 16. November, mit einem Ausspracheabend über das Thema: „Die Juden als nationale Minderheit" seine diesjährige Winterarbeit. Die einleitenden Referate haben die Herren Richard Eisen und Ludwig Stein übernommen.

Wir rechnen schon im Hinblick auf die Aktualität des Themas mit einem regen Besuch und einer lebhaften Diskussion und laden hierzu die gesamte jüdische Jugend herzlichst ein. (Siehe Anzeige in dieser Nummer!)

Hebräische Liederstunde München. In der hebräischen Liederstunde, die jeden Mittwoch von 8.45 bis 10 Uhr stattfindet, versammeln sich ungefähr 15 Jugendliche verschiedener Richtungen und Anschauungen, um hebräische Volkslieder im Original kennen zu lernen und zu singen. Wir machen die gesamte jüdische Jugend auf den jüdisch-erzieherischen Wert dieser Stunde aufmerksam und laden sie ein, sich zahlreich daran zu beteiligen. Die Beteiligung ist unentgeltlich.

Kulturverein J. L. Perez. Samstag, den 14. d. M., abends 8.45 Uhr Klubabend im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Jordania Wochenprogramm

Sonnabend, den 14. November: 14 Uhr Café Haag.

Donnerstag, den 19. November: 20.30 Uhr Burschenkurs.

Freitag, den 20. November: Gemeinsames Beisammensein. Ort wird noch bekanntgegeben.

Sonnabend, den 21. November: 14 Uhr Café Haag.

Jüdischer Jugendverein

November-Dezember-Programm 1931

1. Donnerstag-Abende. Lessing-Saal. Beginn 20.30 Uhr.

12. November: Unterhaltungsabend.
19. November: „Die jüdische Presse" (Forts.).
26. November: Vortragsabend: „Ur und die Sintflut". (Ref. Ing. Ernst Naschitz.)
3. Dezember: Vortragsabend: „Freud, Coué und die moderne Psychotherapie". (Ref. Dr. Horn.)
10. Dezember: Voranzeige: Chanukkafeier. (Näheres wird noch bekannt gegeben.)

2. Freitag-Abende. Jugendheim. Beginn 20.30 Uhr.

Mitglieder, die Interesse an einem verbilligten Skikurs haben, erfahren Näheres durch Hermann Knoblauch, Trogerstraße 40 (Tel. 91912).

Die Arbeitsgemeinschaft Dr. Cahnmann über „Die moderne Rassentheorie", deren Besuch wir unseren Mitgliedern warm empfehlen, findet vierzehntätig Dienstags im „Jugendheim" statt. (Nächste Veranstaltung: 17. Dezember.)

Werbt neue Mitglieder, zahlt Eure Beiträge pünktlich!

Jüdisches Jugendheim München. Am Montag, 9. November, las Herr Manfred Sturmann im jüdischen Jugendheim aus eigenen Werken. Als erstes brachte er eine Reihe von Gedichten, dann zwei Erzählungen Inselraub und ein Jugenderlebnis zum Vortrag. Das Publikum, das fast ausschließlich aus Jugendlichen bestand, dankte durch lebhaften Beifall.

Jüdischer Gesangverein e. V., München. Das Wohltätigkeitskonzert der Israelitischen Kultusgemeinde München findet bereits am 6. Dezember statt. In Anbetracht der kurzen Spanne Zeit werden die aktiven Mitglieder nochmals höflichst gebeten, keine Probe zu versäumen.

Der Israelitische Frauenverein von 1906 zur Unterstützung armer Kranker und Wöchnerinnen feiert in diesen Tagen sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Die meisten Gründer dieses Vereins weilen leider nicht mehr unter uns. Ihr vorbildliches Wirken, ihre segenspendende Tätigkeit hat auch die anderen Vorstandsmitglieder angespornt, getreu den Weisungen des Vereins zu folgen und den Armen und Kranken hilfreich beizustehen. 25 Jahre hat der Verein seine Wohltätigkeit durchgeführt. Er hat in wirksamster Weise wöchentliche und monatliche Unterstützungen gewährt, hat Kranke zum Kurgebrauch in die Bäder geschickt, hat Jahre hindurch eine Pessach-Verteilung geleitet und ist in allen Unterstützungsfällen eingeschritten. Auch hat er alljährlich dazu beigetragen, im Winter die bitterste Not zu lindern, indem eine beträchtliche Summe für Kohlen und Holz verausgabt wurde. — Neben der Freude über das Ereignis des Jubiläums weisen wir nochmals auf die unermüdliche Tätigkeit dieses Vereins hin, dem Wunsche Ausdruck gebend, daß sein ferneres Bestehen nicht der Mißgunst der Zeit zum Opfer falle, sondern erhalten bleiben möge als eine Stätte der Wohlfahrtspflege. Rosa Goldberg.

Israelitischer Frauenverein vom Jahre 1906. Wir veranstalten anläßlich unseres fünfundzwanzigjährigen Jubiläums am 15. November einen Nachmittagstee mit Tanz. (Alles Nähere siehe Anzeige.) Von größerer Festlichkeit nehmen wir Abstand.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Sportabteilung. Die Mitgliederversammlung der Sportabteilung wählte am 5. November ihre Vorstandschaft in der Zusammensetzung:

Leiter der Abteilung: Oskar Gröbel.
Schriftführer: Max Kalter.
Obmann der Jugendabteilung: Jackie Goldfarb.
Spielführer der Handballmannschaft: Alfred Goldstern.

Aufruf an die Mitglieder der Sportabteilung!

Trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse ist es uns auch für diesen Winter gelungen, die Sendlinger Turnhalle, die auch dem Verwöhntesten beste Trainingsarbeit ermöglicht, zu mieten. Das war aber nur möglich durch die Hochherzigkeit verschiedener Gönner und Freunde unseres Vereins, eine Tat, die in der Jetztzeit doppelt hoch anzurechnen ist. An uns ist es jetzt, durch regste freudigste Mitarbeit diesen unseren Gönnern unseren Dank zu beweisen. Deshalb jeden Mittwoch ab 20 Uhr in der Sendlinger Turnhalle! Der Leiter der Sportabteilung.

Bar-Kochba Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung. Der gesamte Turnbetrieb ist in vollem Gang. Die Kinder-Abteilung turnt Mittwoch nachmittag von 3 bis 4 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule, Herzog-Rudolf-Straße 1. Die Mädchen-Abteilung Montag von 6 bis 7 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße, die Damen-Abteilung I Montag von 7 bis 8 Uhr, die Damen-Abteilung II Montag von 8 bis 9 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, die Turnstunde regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Neuanmeldungen werden in sämtlichen Abteilungen am Turnboden entgegengenommen.

Spenden-Ausweis

Münchner Spendenausweis Nr. 6

vom 4.—10. November 1931

Goldenes Buch Ida Goitein s. A., Mannheim. Frau Dr. Rahel Straus dankt für die Kondolationen und stiftet für die Eintragung in das Goldene Buch 50.—; Ida Sturm kondoliert Frau Dr. Straus (unlieb verspätet) 1.—; Herr und Frau Dr. M. J. Gutmann kondolieren Frau Dr. Straus 3.— = 54.—.

VJSt. Jordania-Garten. Die Activitas der VJSt. Jordania gratulieren ihrem lb. Werner Auerbacher zum bestandenen Examen 1 Baum 6.—.

Jakob Dribynski-Garten. Familie Orljansky anläßlich der Jahrzeit von Jakob Dribynski s. A. 1 Baum 6.—.

Rosch Haschana Nachaktion. Durch Frau Dr. Rahel Straus: Dr. E. Wilmersdörffer 5.—.

Allgemeine Spenden. Erlös aus Tozereth Haarez 2.—, H. B. 1.05 = 3.05.

Büchsen. Geleert durch Frl. Gerda Mendle: J.R. Dr. E. Fraenkel 7.50, Dr. J. Schäler 1.50, Dr. A. Fraenkel 1.50, Js. Schwager 2.65, Frau Klara Weil 2.—, M. Philipsohn 4.03, S. Silber 2.30, Dr. Leo Feuchtwanger 1.—, Frau Sophie Eben 2.10, Dr. Feust 1.—, Fritz Schaal 3.02, Schwab 1.50, Max Jeidel —.50 = 30.60. Geleert durch Adler (JPD): B. Chary 1.—, Rudl Sicher 1.—, N.N. 1.22, Siegfried Adler 2.19, J. Wengraf —.35 = 5.76. Geleert durch Jackie Renka: Dr. L. Feuchtwanger 1.—, Hans Guggenheimer 1.05, Dr. S. Feuchtwanger 1.—, Adolf Pilpel 1.02, Heinz Schild 1.20, H. Waldner 1.—, O. Kestler 1.05, S. Jochsberger 1.—, Frau T. Spiegel 1.35, Frau Kleinmann 2.04, 2 Büchsen unter 1.— 2.33 = 13.04. Geleert durch Max Traub: M. Haller 6.50, Dr. A. Weihl 3.—, Albert Kupfer 5.—, J. Saposchnik 2.51, Dipl.-Ing. Meyerstein 1.16, M. Fleischmann 1.—, J. Saposchnik 1.— = 20.17. Geleert durch Frl. Rauch:

Orlof 3.60, M. Bender 1.— E. Botie 2.21, Dr. J. Spanier 1.50 = 8.31. Zusammen 77.88.

Material. Th. Friedmann, Dipl.-Ing. Meyerstein je 1 Telegramformular 2.—.

Summe 152.93 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931 1492.58 RM.

Berichtigung. Im letzten Ausweis mußte es heißen: Georg Gidalewitsch s. A. Garten: Familie Gidalewitsch und Famile David Goldberg danken für die innige Teilnahme und eröffnen auf den Namen ihres unvergeßlichen Georg 1 Garten 10 Bäume = 60 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros

vom 6. November 1931

Spendenbuch. Herr und Frau Kom.-Rat Dir. Hirschmann anläßlich der Verlobung ihrer Tochter Margot 20.—, Frau Paula Lorch anläßlich des Hinscheidens ihres Gatten 10.—, durch Fritz Bierbaum und Luschi Lodner (Fürth): Herr Geheimrat Dr. Fr. Morgenstern (Fürth) anläßlich seines 65. Geburtstages 10.—, Herr Dr. G. Lazarus anläßlich seines Einzugs 5.—.

Allgemeine Spenden. Familie W. Gutmann anläßlich des Hinscheidens ihres Gatten und Vaters 6.75, Familie Freimann (Schnaittach) anläßlich Geburt ihres Sohnes 10.—.

Roschhaschanah-Spenden. Durch Frau Käthe Freimann, 2. Rate: Frau Ella Goldberger, Herr Leo Katzenberger je 5.— 10.—; durch Leo Wißmann 5.—; durch Heinz Steinbach 4.50; Dr. Rand 2.—; Steinbach, Kort je 1.—; Heilbrunn —.50.

Bäume für Dr. H. Liebstaedter s. A.-Garten. Es gratulieren Herrn und Frau Dr. Liebstaedter zur Geburt ihrer Tochter Hans Wolf-Veith, Lotte Fuchs-Paula Altmann, Simon Bein je ½ Baum 9.—.

Büchsen. Durch Paul Buchmann: Ida Dormitzer 7.50, Schneebalg 3.60, J. Landmann 2.—, Dr. Obermeyer 2.—, Kandel 1.40, Charlupski, Goldschmidt je 1.—, Dr. Wilhermsdörfer —.81, Dorembus —.70, Lörken, Sackie —.50, Reischer —.30 = 21.31.

Einzelne Büchsen. Frau Paula Lorch 4.10, Rosenfeld 3.50, Helene Bloch 3.12, Schulhöfer 1.60, Frank —.70. = 13.02.

Summe 124.58 RM.

Seit 1. Oktober 1931 aufgebracht 848.58 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.